

437568-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Projektmanagement im Bauwesen – FEEG: Welheimer Mark - Projektsteuerung der Einzelmaßnahme

OJ S 127/2025 07/07/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Freiheit Emscher Entwicklungsgesellschaft mbH

E-Mail: stefan.mager@luther-lawfirm.com

Rechtsform des Erwerbers: Öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wirtschaftliche Angelegenheiten

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: FEEG: Welheimer Mark - Projektsteuerung der Einzelmaßnahme

Beschreibung: Gegenstand des zu vergebenen Auftrags sind Projektsteuerungsleistungen für die Fläche Welheimer Mark als Einzelmaßnahme innerhalb des Gesamtprojekts Freiheit Emscher.

Kennung des Verfahrens: 207f898c-d94a-4150-83a6-adb386adf7c0

Interne Kennung: FEEG

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: 1. Das vom Auftraggeber durchgeführte Verfahren ist ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb nach Maßgabe der VgV. Das Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb ist nach § 14 Abs. 3 Nr. 1 Alt. 1 VgV zulässig, da die vertragsgegenständlichen Projektsteuerungsleistungen die Ausarbeitung von konzeptionellen Lösungen erfordern. Die vergaberechtlichen Grundsätze der Transparenz des Verfahrens und der Gleichbehandlung aller Bewerber/Bieter werden im gesamten Verfahren streng beachtet. 2. Die Vergabeunterlagen enthalten weitere Informationen über den Beschaffungsbedarf des öffentlichen Auftraggebers, insbesondere Angaben zu Eignungs- und Zuschlagskriterien. Die Vergabeunterlagen sind von Beginn des Verfahrens an über die angegebene Internetplattform abrufbar. 3. Diese Bekanntmachung leitet den vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb ein. Die für die Teilnahme am Verfahren erforderlichen Formulare können über den angegebenen Link heruntergeladen werden. 4. Im Anschluss an den Teilnahmewettbewerb werden die ausgewählten Bewerber zur Abgabe eines Angebotes auf Basis der Vergabeunterlagen aufgefordert. 5. Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten. 6. Erfolgt keine Zuschlagserteilung auf das Erstangebot, behält sich der öffentliche Auftraggeber vor, die Verhandlungen in verschiedenen aufeinanderfolgenden Phasen abzuwickeln, um so die Zahl der Angebote, über die verhandelt wird, anhand der vorgegebenen Zuschlagskriterien zu verringern. Diejenigen Bieter, die zunächst nicht in die engere Wahl kommen und nicht zu einem Bietergespräch eingeladen werden, werden nicht sogleich vom Verfahren ausgeschlossen, sondern "on hold" gestellt. - Fortsetzung unter zusätzliche Informationen -

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71541000 Projektmanagement im Bauwesen

2.1.2. Erfüllungsort

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP4D6V53VW Fortsetzung des Pkt. wichtigsten Merkmale des Verfahrens: Diese Bieter bleiben an ihr Angebot gebunden und behalten die Chance zu einem verbesserten Angebot, falls sich ergibt, dass den zunächst in die engere Wahl gelangten Bietern der Zuschlag - gleich aus welchem Grund - nicht erteilt werden kann. 7. Auf die Ausführungsbestimmungen nach dem TVgG NRW wird hingewiesen. Diese werden als besondere Vertragsbedingungen der Vergabeunterlagen beigefügt. 8. Der Auftraggeber ist im Rahmen des Vergabeverfahrens gehalten, personenbezogene Daten zu erheben, zu verarbeiten und zu speichern. Weitere Informationen sind dem Dokument "Information über die Verarbeitung personenbezogener Daten" zu entnehmen. 9. Auskunftsersuchen des Interessenten sind ausschließlich über die Vergabepattform an den Auftraggeber zu richten. Andere Stellen dürfen keine Auskünfte erteilen. Dennoch anderweitig erlangte Auskünfte sind unbeachtlich.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrug: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: FEEG: Welheimer Mark - Projektsteuerung der Einzelmaßnahme
Beschreibung: Freiheit Emscher ist ein Kooperationsprojekt der Städte Essen und Bottrop sowie der RAG Montan Immobilien GmbH. Die beiden Städte und RAG Montan Immobilien GmbH sind Gesellschafter der Entwicklungsgesellschaft (FEEG). FEEG entwickelt ein Gesamtareal von 150 ha. auf Essener und Bottroper Stadtgebiet. Das Gebiet gliedert sich in fünf Potenzialflächen. Das Gebiet Welheimer Mark als eine der fünf ehemaligen Bergbauflächen im interkommunalen Projekt Freiheit Emscher wird zunächst als potenzieller Standort für Forschungen zum Thema Wertwasser in Betracht gezogen. Die die Flächenentwicklung bleibt derzeit gleichwohl offen für andere Nutzungsmöglichkeiten. Bei der Welheimer Mark handelt es sich um eine rund 11 ha große Entwicklungsfläche exkl. Ausgleichsflächen. Die Fläche ist heute größtenteils landwirtschaftlich genutzt. Ziel der Maßnahme ist die Entwicklung des klimaneutralen Gewerbegebietes Welheimer Mark, ggf. als ReallaborCampus für Wertwasser auf dem Gebiet der Stadt Bottrop. Nach der Fertigstellung erfolgt die Übergabe der umgesetzten Maßnahmen und Flächen im öffentlichen Raum an die Stadt Bottrop (Straßenflächen, Verkehrsflächen, Freianlagen, Flächen für Ausgleichsmaßnahmen, etc.). Es werden erschlossene und baureifgemachte, bauplanungsrechtlich gesicherte Gewerbegrundstücke an künftige Erwerber verkauft. Die Bebauung der Investorenflächen erfolgt durch die Käufer selbst und ist nicht Gegenstand der Projektsteuerungsleistungen. Die Erschließung des Quartiers erfolgt durch die Anbindung an den Gewerbeboulevard. Von hier aus werden die Gewerbeflächen erreicht. Das Gebiet ist unterteilt in 4 Quadranten ähnlicher Größe. Die Erschließung innerhalb der Quadranten erfolgt durch den Investor. Eine zentrale grüne Achse durchzieht das Quartier. Umgeben ist das Quartier von einem Grünraum. Zwischen den einzelnen Gewerbeflächen, dem Grünraum und der primären Erschließung soll eine zentrale Platzfläche entstehen. Die vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen sind Projektsteuerungsleistungen in Form der Projektstufen 1 bis 5 (Projektvorbereitung, Planung, Ausführungsvorbereitung, Ausführung, Projektabschluss) in den Handlungsbereichen: Organisation, Information, Koordination und Dokumentation (A),

Qualitäten und Quantitäten (B), Kosten und Finanzierung (C), Termine, Kapazitäten und Logistik (D) sowie Verträge und Versicherungen (E) nach Maßgabe der Vorgaben der AHO-Schriftenreihe des Ausschusses der Verbände und Kammern der Ingenieure und Architekten für die Honorarordnung e.V., Heft Nr. 9 Stand März 2020. Im Einzelnen sind folgende Leistungen zu erbringen: - Grundleistungen im Sinne des Heftes AHO Nr. 9, - Besondere Leistungen im Sinne des Heftes AHO Nr. 9 - Leistungen der Projektleitung nach § 3 AHO Heft 9 Der konkrete Leistungsumfang ergibt sich aus den Vergabeunterlagen, insbesondere der Leistungsbeschreibung nebst Anlagen. Folgende Maßnahmen und Arbeitspakete sind zur Entwicklung des Vorhabens durchzuführen und vom Auftragnehmer zu steuern: - Grunderwerb: - Baureifmachung & Bodenmanagement - Biodiversität und Freiraumqualitäten - Verkehrliche Erschließung & zukunftsfähige Mobilität - Nachhaltiges Entwässerungssystem Der voraussichtliche Leistungsbeginn ist nach dem derzeitigen Stand der Planung für Anfang November 2025 vorgesehen. Die Angabe entspricht dem Zeitplan des Vorhabens zum Zeitpunkt der Versendung der EU-weiten Bekanntmachung. Änderungen im Projektverlauf bleiben vorbehalten. Vom Auftraggeber wird davon ausgegangen, dass das vorgesehene Personal, insbesondere die Leitung der Projektsteuerung über die gesamte Vertragslaufzeit zur Verfügung steht. Der Auftraggeber legt Wert darauf, dass die o. g. Leistungen von einem kontinuierlich besetzten Projektteam mit gleichbleibender Qualifikation und Erfahrung erbracht werden. Diese EU-weite Bekanntmachung leitet den Teilnahmewettbewerb ein.
Interne Kennung: FEEG

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71541000 Projektmanagement im Bauwesen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Der Abschluss eines Stufenvertrages ist beabsichtigt. Mit Zuschlagserteilung sollen die Grund- und Besonderen Leistungen sowie die Leistungen der Projektleitung nach § 3 AHO der Vertragsstufen 1 und 2 fest beauftragt werden. Weitere Projektsteuerungsleistungen der Vertragsstufen 3-5 sollen sodann beauftragt werden. Dem öffentlichen Auftraggeber steht es frei, den Auftragnehmer mit der Ausführung von einzelnen Grundleistungen sowie Besonderen Leistungen weiterer Vertragsstufen einzeln oder im Ganzen zu beauftragen (Optionale und stufenweise Beauftragung). Die Vertragsstufen orientieren sich an den Projektstufen der AHO-Schriftenreihe Nr. 9 (Stand: März 2020). Näheres ist in den Vergabeunterlagen, insbesondere dem Vertrag geregelt.

5.1.2. Erfüllungsort

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 48 Monate

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 1

Weitere Informationen zur Verlängerung: Der Auftrag ist durchzuführen, bis sämtliche geschuldete Leistungen durch den Auftragnehmer erbracht / abgenommen wurden.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabe projekt ganz oder teilweise aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch
geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:startup#, #Besonders auch geeignet für:
other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Alle geforderten Nachweise und Erklärungen sind mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Im Falle einer Bergergemeinschaft sind sämtliche unter diesem Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" aufgeführten Unterlagen jeweils von allen Mitgliedern der Bergergemeinschaft vorzulegen. Die Vergabestelle behält sich vor Zuschlagserteilung vor, Führungszeugnisse sowie Gewerbezentralregisterauszüge zu fordern. In jedem Fall erfolgt vor Erteilung des Zuschlags eine Abfrage bei dem Wettbewerbsregister. Ausländische Bewerber haben gleichwertige Nachweise der für sie zuständigen Behörde /Institution ihres Heimatlandes beizubringen. Zusätzlich sind diese ins Deutsche zu übersetzen. Folgende Eigenerklärungen und Nachweise sind im Einzelnen erforderlich: 1. Soweit zutreffend: Bergergemeinschaftserklärung. Hierfür ist das Formular I "Erklärung der Bergergemeinschaft" zu verwenden; 2. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB. Die Erklärung kann durch die Abgabe des den Vergabeunterlagen beigefügten Formulars II "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" erbracht werden; 3. Aktueller Auszug aus dem Handels- oder Berufsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Herkunftslandes. Falls keine Eintragungspflicht im Handelsregister besteht, eine formlose Erklärung, weshalb für den Bewerber keine Eintragungspflicht besteht nebst Angaben zu vertretungsberechtigten Personen. 4. Erklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG. Hierfür ist das Formulars III "Erklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG" zu verwenden. 5. Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022. Hierfür ist das Formular IV "Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 22 der Verordnung (EU) 2023/1214 des Rates vom 23. Juni 2023" zu verwenden.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die unter diesem Abschnitt "Berufliche Risikohaftpflichtversicherung" geforderten Erklärungen und Nachweise sind vom Bewerber bzw. einer Bergergemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Im Übrigen gilt das unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" Ausgeführte. Es wird folgende Eigenerklärung gefordert: 6. Eigenerklärung über das Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung Eigenerklärung über das Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von 1,5 Mio. EUR für Sachschäden (2-fach maximiert), 3 Mio. EUR für Personenschäden (2-fach maximiert) und 1,5 Mio. EUR für Vermögensschäden (2-fach maximiert) oder eine entsprechende Absichtserklärung, das ein Abschluss im Falle der Zuschlagserteilung erfolgen wird. Hierfür ist das Formular V "Eigenerklärung zu der Berufshaftpflichtversicherung" zu verwenden. Mindeststandards: Die vorgenannte Anforderungen sind Mindestanforderungen und somit zwingend zu erfüllen.

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die unter diesem Abschnitt "Durchschnittlicher Jahresumsatz" geforderten Erklärungen und Nachweise sind vom Bewerber bzw. einer Bewerbergemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Im Übrigen gilt das unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" Ausgeführte. Es wird folgende Eigenerklärung gefordert: 7. Erklärung zum durchschnittlichen Gesamtumsatz des Unternehmens in EUR (netto) jeweils bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre. Hierfür ist das Formular VI "Eigenerklärung zu den Umsätzen" zu verwenden und vollständig auszufüllen. Mindestanforderungen: Es sind folgende Mindestanforderungen nachzuweisen / einzuhalten: Ein Gesamtumsatz von mindestens 400.000,- EUR (netto) in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren muss im Mittel erreicht oder überschritten worden sein. Andernfalls erfolgt ein Ausschluss. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 5,00

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die unter diesem Abschnitt "Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz" geforderten Erklärungen und Nachweise sind vom Bewerber bzw. einer Bewerbergemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Im Übrigen gilt das unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister Eignung" ausgeführte. Es wird folgende Eigenerklärung gefordert: 8. Erklärung zum Gesamtumsatz des Unternehmens in EUR (netto) jeweils bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre. Hierfür ist das Formular VI "Eigenerklärung zu den Umsätzen" zu verwenden und vollständig auszufüllen. Mindestanforderung: Es sind folgende Mindestanforderungen nachzuweisen / einzuhalten: Ein Mindestumsatz von mindestens 200.000,- EUR (netto) in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren im Bereich Projektsteuerungsleistungen nach AHO muss im Mittel erreicht oder überschritten worden sein. Andernfalls erfolgt ein Ausschluss.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 15,00

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die unter diesem Abschnitt "Durchschnittliche jährliche Belegschaft" geforderten Erklärungen und Nachweise sind vom Bewerber bzw. einer Bewerbergemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Im Übrigen gilt das unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister Eignung" ausgeführte. Es wird folgende Eigenerklärung gefordert: 9. Eigenerklärung zum Unternehmen mit Aussagen zu: (i) Hauptsitz des Unternehmens, (ii) Gründungsjahr, (iii) Geschäftsfelder, (iv) Mitgliedschaft im Fachverband, (vi) Anzahl der im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr beschäftigten Mitarbeiter insgesamt, davon (a) Führungskräfte, (b) Projektsteuerer, (c) sonstige Mitarbeitende und (d) Auszubildende. Hierzu ist das Formular VII "Eigenerklärung zum Unternehmen" zu verwenden.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die unter diesem Abschnitt "Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen" geforderten Erklärungen und Nachweise sind vom Bewerber bzw. einer Bewerbergemeinschaft als solcher oder getrennt von jedem Mitglied mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Im Übrigen gilt das unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister "

ausgeführte. Es werden folgende Eigenerklärungen gefordert: 10. Es müssen Eigenerklärungen über mindestens zwei unterschiedliche Unternehmens-Referenzen eingereicht werden. Jede Referenz muss dabei die folgenden Mindestanforderungen erfüllen: (a.) Die Erbringung von Projektsteuerungsleistungen, (b.) mind. über die Projektstufen 2 - 4 nach § 2 der AHO-Schriftenreihe Nr. 9, (c.) Das Projekt muss die Baureifmachung von Grundstücken, die Errichtung von Verkehrsanlagen, Entwässerungsanlagen sowie Freianlagen umfasst haben. (d.) Die Baukosten des Vorhabens haben mind. 10 Mio. EUR (netto) betragen. (e.) Die Projektstufe 4 ist innerhalb der letzten 6 Jahre seit Tag der Absendung der EU-weiten Bekanntmachung schlussabgerechnet worden. Mindestens eine der beiden vom Bewerber dargestellten Unternehmens-Referenzen muss zusätzlich zu den Anforderungen (a.) bis (e.) folgende weitere Anforderung (f.) erfüllen: (f.) Die Finanzierung des Vorhabens muss, zumindest teilweise, aus öffentlichen Fördermitteln erfolgt sein. Dabei ist jeweils eine aussagekräftige Kurzbeschreibung des Auftragsinhalts einzureichen. In der Unternehmens-Referenz sind folgende Informationen vollständig und eindeutig darzustellen: Name des Auftraggebers, Projektbezeichnung, Art der Leistung, Auftraggeber, Auftragnehmer, Auftragswert, Ausführungszeitraum Beginn und Ende (Angabe jeweils Monat/Jahr), Name und Kontaktdaten eines Ansprechpartners beim Auftraggeber des Referenzprojekts (Telefon, Mail). Hierzu ist das Formular VIII "Unternehmens-Referenzen" zu verwenden.

Mindestanforderungen: Die genannten Anforderungen der Ziff. (a.) bis (e.) sind bei jeder einzureichenden Unternehmens-Referenz einzuhalten. Mindestens eine der beiden vom Bewerber dargestellten Unternehmens-Referenzen muss zusätzlich zu den Anforderungen der Ziff. (a.) bis (e.) die Anforderungen gemäß Ziff. (f.) erfüllen. Andernfalls erfolgt ein Ausschluss. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 30,00

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 11. Ein Bewerber kann andere Unternehmen als Unterauftragnehmer und/oder Eignungsverleiher einsetzen. Diese sind im Angebot unter Verwendung von Formular IX zu benennen. Im Hinblick auf die Einreichung zusätzlicher Unterlagen sind 3 Fälle zu unterscheiden: Fall 1: Für die Benennung eines Unterauftragnehmers ohne Eignungsverleiher hat der Bewerber zusätzlich für jeden Unterauftragnehmer einzureichen: die zum Nachweis der Zuverlässigkeit und Gesetzestreue des Unterauftragnehmers unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" der EU-weiten Bekanntmachung aufgeführten Unterlagen allesamt mit Ausnahme der Formulare I und IV. Fall 2: Für die Benennung eines Unternehmens als Unterauftragnehmer mit Eignungsverleiher bezogen auf die technische oder berufliche Leistungsfähigkeit hat der Bewerber zusätzlich einzureichen: (i) die unter Abschnitt 5.1.9 "Eignungskriterien", dort unter "Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen" bezeichnete Unterlage (Formular VIII "Unternehmens-Referenzen") für diesen Dritten in dem Umfang, in dem sich der Bewerber auf die Kapazitäten des Dritten zum Nachweis der Leistungsfähigkeit beruft, (ii) die in Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" der EU-weiten Bekanntmachung aufgeführten Unterlagen allesamt mit Ausnahme der Formulare I und IV auch von diesem benannten Dritten, (iii) eine Verpflichtungserklärung von dem Unterauftragnehmer unter Verwendung von Formular X.

Hinweis zu Fall 2: Ein Bewerber oder eine Bewerbergemeinschaft kann im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung, für die diese Kapazitäten benötigt werden, tatsächlich erbringen werden. Fall 3: Für die Benennung eines Unternehmens als Eignungsverleiher bezogen auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit hat der Bewerber zusätzlich einzureichen: (i) die unter

Abschnitt 5.1.9 "Eignungskriterien", dort unter "Durchschnittlicher Jahresumsatz" und/oder "Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz", für diesen Dritten in dem Umfang, in dem sich der Bewerber auf die Kapazitäten des Dritten zum Nachweis der Leistungsfähigkeit beruft, (ii) die in Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" der EU-weiten Bekanntmachung aufgeführten Unterlagen allesamt mit Ausnahme der Formulare I und IV auch von diesem benannten Dritten, (iii) eine Verpflichtungserklärung von dem Unterauftragnehmer unter Verwendung von Formular XI. Hinweis zu Fall 3: Das Unternehmen wird in haftungsrechtlicher Hinsicht mit dem Zuschlagsempfänger als Gesamtschuldner behandelt. Es wird darauf hingewiesen, dass ein anderes Unternehmen nicht nur ein selbständiges, von dem Bewerber rechtlich verschiedenes Unternehmen sein kann, sondern hierunter auch ein konzernverbundenes/-angehöriges Unternehmen zu verstehen ist.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Reduzierungskriterien: Sofern unter der "Art der Gewichtung" auf die "Gewichtung (Punkte, genau)" verwiesen wird, wird klargestellt, dass es sich dabei um die Höchstpunktzahl handelt, die ein Bewerber oder eine Bewerbergemeinschaft im Rahmen der Entscheidung über die Qualifikation zum Angebotswettbewerb erhalten kann. Es gelten folgende Reduzierungskriterien für Bewerber und Bewerbergemeinschaften gleichermaßen: (i) Durchschnittlicher Gesamtumsatz des Bewerbers innerhalb der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (insgesamt können maximal 5 Punkte erreicht werden). - Beträgt der durchschnittliche Gesamtumsatz des Bewerbers innerhalb der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre mehr als 500.000,- wird ein Wertungspunkt vergeben. - Beträgt der durchschnittliche Gesamtumsatz des Bewerbers innerhalb der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre mehr als 700.000,- werden zwei Wertungspunkte vergeben. - Beträgt der durchschnittliche Gesamtumsatz des Bewerbers innerhalb der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre mehr als 900.000,- werden drei Wertungspunkte vergeben. - Beträgt der durchschnittliche Gesamtumsatz des Bewerbers innerhalb der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre mehr als 1,1 Mio. EUR werden vier Wertungspunkte vergeben. - Beträgt der durchschnittliche Gesamtumsatz des Bewerbers innerhalb der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre mehr als 1,3 Mio. EUR werden fünf Wertungspunkte vergeben. (ii) Durchschnittlicher spezifischer Umsatz des Bewerbers innerhalb der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, bezogen auf den Umsatz im Bereich "Projektsteuerungsleistungen nach AHO" (insgesamt können maximal 15 Punkte erreicht werden). - Beträgt der durchschnittliche spezifische Umsatz des Bewerbers im Bereich "Projektsteuerungsleistungen nach AHO" innerhalb der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre mehr als 300.000,- wird ein Wertungspunkt vergeben. - Beträgt der durchschnittliche spezifische Umsatz des Bewerbers im Bereich "Projektsteuerungsleistungen nach AHO" innerhalb der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre mehr als 400.000,- werden zwei Wertungspunkte vergeben. - Beträgt der durchschnittliche spezifische Umsatz des Bewerbers im Bereich "Projektsteuerungsleistungen nach AHO" innerhalb der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre mehr als 500.000,- werden drei Wertungspunkte vergeben. - Beträgt der durchschnittliche spezifische Umsatz des Bewerbers im Bereich "Projektsteuerungsleistungen nach AHO" innerhalb der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre mehr als 600.000,- werden vier Wertungspunkte vergeben. - Beträgt der durchschnittliche spezifische Umsatz des Bewerbers im Bereich "Projektsteuerungsleistungen nach AHO" innerhalb der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre mehr als 700.000,- werden fünf Wertungspunkte vergeben. (iii) Anzahl und Inhalt der nachgewiesenen Unternehmensreferenzen im Rahmen des Formulars VIII "Unternehmens-Referenzen" (insgesamt können maximal 30 Punkte erreicht werden). 1. Für jede weitere Referenz, die vom Bewerber - über die Mindestanforderungen hinaus - eingereicht wird und die in der EU-

weiten Bekanntmachung, dort im Abschnitt "Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen", aufgeführten Mindestanforderungen Ziff. (a.) bis (e.) erfüllt, erhält der Bewerber 3 Wertungspunkte. 2. Zudem werden für jede zusätzlich - d.h. über die Mindestanforderungen hinaus - eingereichte Unternehmensreferenz, die neben den Mindestanforderungen Ziff. (a.) bis (e.) auch die Anforderung (f.) aus dem Abschnitt "Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen" der EU-weiten Bekanntmachung erfüllt, weitere 2 Wertungspunkte vergeben. 3. Es können für dieses Reduzierungskriterium maximal 30 Punkte erreicht werden (6 zusätzliche Referenzen, die neben den Anforderungen (a.) bis (e.) auch die Anforderung (f.) erfüllen). Die je Reduzierungskriterium (Gesamtumsatz, Spezifischer Umsatz und Unternehmens-Referenzen) erreichten Wertungspunktzahlen werden zu einer Gesamtpunktzahl addiert. Es sind maximal 50 Wertungspunkte zu erreichen. Die fünf bestplatzierten Bewerber, die im Rahmen ihrer Teilnahmeanträge die höchste Gesamtpunktzahl an Wertungspunkten erhalten, werden vom Auftraggeber zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert. Sollten mehrere Bewerber bzw. Bewerbungsgemeinschaften auf Rang 5 die gleiche Punktzahl erhalten, ist die Anzahl der eingereichten Referenzen im Rahmen des Formulars VIII "Eigenerklärung Unternehmens-Referenzen", die die in dem Abschnitt "Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen" der EU-weiten Bekanntmachung aufgeführten Anforderungen Ziff. (a.) bis (f.) erfüllen, maßgeblich. Besteht sodann weiterhin Punktgleichheit, entscheidet das Los. Näheres ist der Unterlage zum Teilnahmewettbewerb zu entnehmen. Diese ist unten o.g. Link abrufbar

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Honorar

Beschreibung: Honorar

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Bearbeitungskonzept: Darstellung zur generellen Vorgehensweise im Rahmen der Steuerung; methodischer Ansatz sowie Einhaltung von Terminen und Kosten

Beschreibung: Es wird auf die Vergabeunterlagen verwiesen.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Bearbeitungskonzept: Zusammensetzung des Projektteams, Organisation der Steuerung und Verfügbarkeit der Projektleitung sowie des sonstigen Projektteams

Beschreibung: Es wird auf die Vergabeunterlagen verwiesen.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Erfahrung der Projektleitung

Beschreibung: Es wird auf die Vergabeunterlagen verwiesen.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 05/08/2025 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4D6V53VW/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4D6V53VW>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4D6V53VW>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 05/08/2025 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Klarstellung: Mit dem vorstehenden Satz "Eine Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist teilweise ausgeschlossen." ist Folgendes gemeint: Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber oder Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende oder unvollständige unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen oder zu vervollständigen oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen (vgl. § 56 Abs. 2 Satz 1 VgV). Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen (§ 56 Abs. 3 VgV).

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Mit Angebotsabgabe: Bestätigung des Vertrags über Leistungen der Projektsteuerung und der Projektleitung nach § 3 AHO

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: Es wird auf die Vergabeunterlagen verwiesen.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland c/o Bezirksregierung Köln

Informationen über die Überprüfungsfristen: 1. Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber /Bieter gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnismahme rügen. 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. 4. Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen. § 160 Abs. 3 S. 1 GWB gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt. Gemäß § 134 Abs. 1 GWB haben öffentliche Auftraggeber die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist. Gemäß § 134 Abs. 2 GWB darf ein Vertrag erst zehn Kalendertage nach Absendung (per Telefax, E-Mail oder elektronisch über die E-Vergabeplattform) der Information nach 134 Abs. 1 GWB geschlossen werden. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. Gemäß § 135 Abs. 1 GWB ist ein öffentlicher Auftrag von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber 1) gegen § 134 GWB verstoßen hat oder 2) den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist. Gemäß § 135 Abs. 2 GWB kann die Unwirksamkeit nach § 135 Abs. 1 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Freiheit Emscher Entwicklungsgesellschaft mbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Freiheit Emscher Entwicklungsgesellschaft mbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Freiheit Emscher Entwicklungsgesellschaft mbH

Registrierungsnummer: DE362025880

Postanschrift: Im Welterbe 8

Stadt: Essen

Postleitzahl: 45141

Land, Gliederung (NUTS): Essen, Kreisfreie Stadt (DEA13)

Land: Deutschland

E-Mail: stefan.mager@luther-lawfirm.com

Telefon: 0201922024014

Fax: 02019220110

Internetadresse: <https://freiheit-emscher.de/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland c/o Bezirksregierung Köln

Registrierungsnummer: DE812110859

Postanschrift: Zeughausstraße 2-10

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50667

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

E-Mail: VKRheinland@bezreg-koeln.nrw.de

Telefon: +49 2211473055

Fax: +49 2211472889

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 1ee548a3-cb9b-4eff-b768-dcfc756f19a8 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 04/07/2025 12:23:16 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 437568-2025
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 127/2025
Datum der Veröffentlichung: 07/07/2025